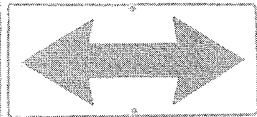


Wo Menschen Wissenschaft nützlich machen wollen.
Wo Wissenschaft sich auf sich selber anwendet.
Wo sie Verschwiegenes benennt, Handlungsmöglichkeiten diskutiert.
Wo sie nützlich wird, kritisiert, eingreift –
– da ist FORUM WISSENSCHAFT. Das kritische Wissenschaftsmagazin.

Aktuelle Ausgabe (4/2007): »Ja, mach nur einen Plan ...«. Erfahrungen mit gesellschaftlicher Planung: Voraussetzungen, Gegenstandsbereiche, Probleme, Geschichte und Heutiges.

Außerdem: Geschlechtergerecht studieren können (II). Studierfähigkeitstests. Geschlechter und Haushalte. Klimawandel: Was fragen nächste 68er? Nanotechnologie-Visionen und -Realitäten.

Jedes Vierteljahr. Immer politisch. Immer mit einem aktuellen Themenschwerpunkt.
Immer kompetent. Immer mit anspruchsvoller Illustration.



FORUM
Wissenschaft

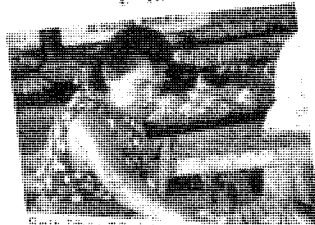
FORUM WISSENSCHAFT. Bewegt.

Vierteljährlich · Einzelheft 7,- € · Jahresabo 26,- € · www.bdwi.de/forum · forum@bdwi.de

Hg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) · www.bdwi.de

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN



Seit über 38 Jahren.
Kritisch // solidarisch // unabhängig

10 mal jährlich
aktuelle Hintergrundberichte
und Analysen zu Politik,
Gesellschaft und Kultur
in und aus
Lateinamerika

Probeabo bestellen:

abo@LN-berlin.de

www.lateinamerika-nachrichten.de

Martin Kronauer

Revolte in den Banlieues Anmerkungen aus deutscher Sicht

Als¹ im November 2005 in Frankreich die Revolte in den Banlieues losbrach, warfen die Medien hier immer wieder die Frage auf: Wird so etwas auch in Deutschland passieren? Einige Medienleute schienen sogar darauf zu warten, es geradezu herbeireden zu wollen. Spektakel bringt Auflage und Einschaltquoten. Andere, seriösere Berichtersteller wollten damit offenbar zum Ausdruck bringen, dass die Lage von Jugendlichen in manchen deutschen Großstadtquartieren nicht sehr verschieden ist von der in den französischen Banlieues. Demnach müsste man sich über ähnliche Empörungen hier nicht wundern.

Frankreich als Menetekel: Damit bereitet sich Deutschland auf diffuse und paradoxe Weise mental darauf vor, von seinen jungen Migranten ebenfalls eine Rechnung präsentiert zu bekommen – in diesem Fall die Rechnung für einen über Jahrzehnte hinweg halbherzigen, widersprüchlichen, zugleich pragmatischen und verdrängenden Umgang mit Zuwanderern und ihren Kindern. Die Ereignisse in Frankreich waren und sind in Deutschland die Projektionsfläche für eigene Ängste, gespeist aus einer langen Geschichte der Versäumnisse. Sie sind das so sehr, dass bereits jeder punktuelle Konflikt mit der Polizei in Neukölln oder Kreuzberg, in den Jugendliche und Erwachsene mit Migrationshintergrund verwickelt sind, in den Medien zum po-

tentiellen Straßenkampf stilisiert werden. Bislang allerdings folgen die Jugendlichen der sogenannten „Problemgebiete“ in Deutschland dem französischen Vorbild nicht. Stattdessen präsentieren sie die Rechnung auf ihre eigene Weise.

Ausgangspunkt der Revolte in den Banlieues war der Tod zweier Jugendlicher in Clichy-sous-Bois, die auf der Flucht vor der Polizei Schutz in einem Transformator gesucht hatten. Die Proteste breiteten sich rasch und in einem bis dahin für Frankreich unbekanntem Maße auf die Banlieues anderer Städte aus.² Der Konflikt eskalierte, als eine Tränengasgranate in einer Moschee gezündet wurde. Die Regierung rief den Ausnahmezustand aus und griff damit zu einem Mittel der Repression, das an die Zeiten des Algerienkriegs erinnerte.

Nach den Berichten zu urteilen, war die Revolte der Jugendlichen in erster Linie ein massiver Ausdruck von Trauer und Wut – Trauer über die Getöteten, aktuelle und lang aufgestaute Wut über Schikanen der Polizei und Diskriminierungen der Behörden, noch größere Wut über die Herablassung, Ignoranz und Militanz des Innenministers Sarkozy, der immer wieder Öl ins Feuer goß. In all dem war die Revolte zugleich im wahrsten Sinn des Wortes ein „Kampf um Anerkennung“ – hier ist der sozialphilosophisch gelegentlich überstrapazierte und damit entschärfte Begriff tatsächlich ange-

1 Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Tagung „Urbane Gewalt und Jugendproteste“ des Centre Marc Bloch und der Bauhaus-Universität Weimar am 23. März 2007 in Berlin.

2 Sporadische Revolten gab es seit 1981 immer wieder. Sie entzündeten sich regelmäßig an Konflikten mit der Polizei. Noch nie aber hatten sie die Breite erreicht wie im November 2005.

bracht. Denn die in die Ränder der Städte abgedrängten und dort ohne Perspektiven gelassenen Jugendlichen verschafften sich auf die einzige Weise Gehör, die ihnen geblieben war: durch einen Aufruhr, der die Fernsehkameras anzog und die Politiker aufscheuchte. „Die Revolution war die einzige Möglichkeit, sich bemerkbar zu machen. Wir hatten Dinge zu sagen, aber wir wussten nicht, wem“.³ Wer anerkannt werden will, muss überhaupt erst einmal wahrgenommen werden.

Der Verlauf der Ereignisse bestätigte einmal mehr, dass die Bewohner der Banlieues im öffentlichen Raum nicht vertreten sind, weder durch eine Partei oder in den Parteien noch durch eine gesellschaftliche Interessenorganisation wie die Gewerkschaften. Darin besteht ja eines der wesentlichen Merkmale ihrer sozialen Ausschließung. Mit dem Niedergang der gesellschaftlichen Bedeutung der Industriearbeiterschaft und ihrer Organisationen (vgl. Beaud/Pialoux 2004), der Auflösung der Institutionen einer eigenständigen, stadtteilbezogenen Arbeiterkultur, hoher Arbeitslosigkeit und ethnischer Vielfalt haben die Viertel nicht nur ihren sozialen Charakter verändert. Verloren gegangen sind auch Möglichkeiten einer auf gemeinsame Arbeits- und Lebensverhältnisse bezogenen, organisierten Interessenartikulation und -durchsetzung (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994: 14ff., Wieviorka 2006: 20ff.). Der „Kampf um Anerkennung“, den die Jugendlichen führten, steckte in dem Dilemma, dass er keine konkreten Adressaten angeben konnte und doch von sehr konkreten Erfahrungen gespeist wurde. Die Jugendlichen der Banlieues wollten und wollen endlich als das anerkannt werden, was die meisten von ihnen den

offiziellen Papieren und der offiziellen Ideologie nach immer schon sind: französische Staatsbürger mit gleichen Rechten und Möglichkeiten wie alle anderen. Gerade das machte die paradoxe Eigenart dieser Revolte aus. Sie wurde zwar als Kampf gegen die Repräsentanten der Staatsmacht geführt, war dabei aber von dem Wunsch getragen, als gleichberechtigte Bürger wahrgenommen und behandelt zu werden.⁴ Insofern war sie eine Chance für die französische Gesellschaft und Politik. Denn mit ihr haben die Beteiligten demonstriert: Wir wollen nicht länger als Menschen zweiter und dritter Klasse gelten. Wir wollen dazu gehören! Sie haben dies nicht nur in militanten Aktionen, sondern auch auf dem Weg von konkreten Beschwerdebriefen zum Ausdruck gebracht,⁵ dazu noch mit Registrierung in den Wahllisten, um eine Präsidentschaft Sarkozys zu verhindern.

Die Chance, die in diesem auf die Straße getragenen Anspruch: Wir wollen dazu gehören!, enthalten war, wurde nicht genutzt. Im Gegenteil hat sich zunächst einmal Sarkozys Kurs der Kriminalisierung durchgesetzt. Offensichtlich zielte Sarkozy darauf ab, sich mit diesem Kurs für den Präsidentschaftswahlkampf zu profilieren. Wie dessen Ergebnis zeigt, ist die Rechnung – vorerst – aufgegangen. Wie stellt sich nun die Lage in Deutschland dar? Sie unterscheidet sich in mancher Hinsicht von der französischen. Das betrifft sowohl den Arbeitsmarkt als auch die benachteiligten Quartiere und den Status der Migranten. Bislang wird deshalb auch die Rechnung auf andere Weise vorgelegt als in Frankreich.

Stichwort Arbeitsmarkt: Die Jugendarbeitslosigkeit war hier in den letzten

⁴ Das „Verlangen nach ‚Respekt‘“ machten Didier Lapeyronnie und Laurant Mucchielli (2005) als Triebkraft der Revolte aus.

⁵ Angaben von Vertretern von AC Le feu auf der Tagung der Humboldt Universität, der Böll-Stiftung, des Centre Marc Bloch und des British Council „Banlieue Europa?“ in Berlin am 26. Januar 2007.

Jahrzehnten immer niedriger als in Frankreich. Vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt wurden in Deutschland in erster Linie die Älteren. Das ist aber kein Grund für Entwarnung. Die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung nimmt zu, gerade auch unter Migranten. Dies ist eine verheerende Perspektive in einer Gesellschaft, in der Qualifikationen immer wichtiger werden, um „dazu zu gehören“. Die Arbeitslosigkeit liegt bei Migranten doppelt so hoch wie bei Deutschen. Ähnliches gilt für die Sozialhilfedichte, also den Anteil der Bevölkerung die (vor der Umstellung auf Arbeitslosengeld II) Sozialhilfe bezogen. In den größten deutschen Städten lag bei Ausländern auch dieser Anteil doppelt so hoch, in Berlin sogar noch höher. Die Aufstiegsmobilität bei der größten Migranten-gruppe, der türkischen, ist dagegen geringer als in anderen Gruppen. Noch immer sind über zwei Drittel der Türken in Deutschland als Arbeiter beschäftigt, somit in besonderem Maße Arbeitsmarktrisiken ausgesetzt.

Stichwort benachteiligende Gebiete: Die Banlieues entsprechen unseren Trabantenstädten an den Großstadträndern nur zum Teil. Die Arbeitslosigkeit ist in den Banlieues in der Regel noch höher, die räumliche Abschottung von den Zentren noch stärker. Es gibt zumindest in Westdeutschland eine Tradition, auf steigende Jugendarbeitslosigkeit rasch mit Sozialarbeit in potentiellen sozialen „Brennpunkten“, wie sie genannt werden, zu reagieren. Angebote freier Träger und der Kirchen richten sich vor allem an Jugendliche und Mütter. Ältere Langzeitarbeitslose dagegen verschwinden gleichsam von der Bildfläche. Sie haben weder Anlaufstellen noch sozialpädagogische Aufmerksamkeit auf ihrer Seite. Ihr sozialer Tod bleibt unbeachtet. Denn von ihnen droht nicht einmal mehr die Gefahr einer Revolte.

Aus eigenen Untersuchungen wissen wir, wie die Außen- und Binnenwahrnehmung von Großsiedlungen mit hohen Anteilen von Arbeitslosen und Armen

auseinandergehen können. Was von außen als „Ghetto“ in düstersten Farben geschildert wird⁶, erleben die verarmten Bewohner selbst bisweilen weit weniger dramatisch. Im Gegenteil, sie wissen unter Umständen auch die Vorteile zu schätzen, die innerstädtische Quartiere ihnen nicht bieten würden. Innerstädtische Quartiere und Großsiedlungen am Stadtrand unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Geschichte, Baustruktur und Funktionsbestimmung, sondern auch in der sozialen Zusammensetzung ihrer Armutspopulationen und somit deren Anforderungen an das Viertel (Kronauer/Vogel 2004; Kronauer/Noller/Vogel 2006). In Großsiedlungen sind stärker Familien vertreten, häufig mit Verwandten in räumlicher Nähe. Familiennetze stellen deshalb eine wichtige Ressource dar. Auf Familien und eine Lebensweise in strikter räumlicher Abgrenzung zum Erwerbsarbeitsplatz waren die Großsiedlungen auch angelegt worden. Der Wohnungszuschnitt und die Infrastruktur der Siedlungen kommen deshalb unter Umständen selbst noch armen Familien mit Kindern entgegen – allerdings nur solange, wie Gebäude und Infrastruktur intakt gehalten werden. Das ist bislang in den meisten deutschen Städten noch weitgehend der Fall. Von der Stadt und dem Staat aufgegebenen Viertel gibt es hier bislang nicht.

In den innerstädtischen Vierteln wiederum ist häufig die Armutsdichte höher als in den Großsiedlungen. Das gilt zum Beispiel für die beiden größten deutschen Städte, Berlin und Hamburg. In

³ Abdel Khader, ein an der Revolte in St. Denis beteiligter junger Mann, auf der Tagung „Urbane Gewalt und Jugendproteste“ des Centre Marc Bloch und der Bauhaus-Universität Weimar am 23. März 2007 in Berlin, zitiert von Rühle (2007).

⁶ „Ghetto“ bedeutet eigentlich die erzwungene räumliche Isolierung von ethnisch definierten Minderheiten, die in sich sozial heterogen sind, um sie auf diese Weise der Kontrolle durch die herrschende Mehrheit zu unterwerfen. Die Kehrseite dieses Zwangsverhältnisses ist vielfach eine starke Gruppenidentität und ein differenziertes Gemeinschaftsleben unter den Ghettoisierten (vgl. Wacquant 2004). Diese Merkmale treffen weder auf die Banlieues noch auf die Viertel mit hoher Arbeitslosigkeit und Armut in Deutschland zu.

diesen Vierteln leben überdurchschnittlich viele Alleinstehende. Freundeskreise sind eine wichtigere Ressource als Verwandtschaft – zumindest bei den deutschen Bewohnern. Hier finden sich wiederum mehr Möglichkeiten für informelle Beschäftigung und die Außenstigmatisierung der Viertel ist häufig schwächer. Somit gibt es in Deutschland erhebliche sozial-räumliche Differenzierungen in den Lebensbedingungen der Armutspopulationen, dazu noch wichtige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann (vgl. hierzu Keller 2005). Diese Differenzierungen dürften dazu beigetragen haben, dass eine Revolte, die sich auf der Basis einheitlicherer Lebensbedingungen, wie denen der französischen Banlieues, ausbreitete, in Deutschland bislang nicht stattgefunden hat.

Das ändert allerdings nichts daran, dass sich Langzeitarbeitslose und Langzeitarmer hier auch dann als ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht erleben, wenn sie ihr Wohnumfeld als passabel empfinden. Denn die Kräfte der Ausgrenzung wirken über den Arbeitsmarkt, den Zuschnitt der Sozialsysteme, die Außenwahrnehmung in sozialen Kontakten. Quartierserfahrung und Ausgrenzungserfahrung können einander wechselseitig verstärken. Dies ist offensichtlich in Frankreich der Fall. In Deutschland sind sie jedoch bislang aufgrund sozialstaatlicher Interventionen noch relativ unabhängig voneinander.

Eine zentrale Institution allerdings, die gerade auf Quartierebene für die Vermittlung von sozialen Chancen (oder umgekehrt: für Ausgrenzungsrisiken) wichtig ist, sind die Schulen. Hier führen die Prozesse der selektiven Abwanderung einkommensstärkerer Haushalte und der zunehmenden Armut bei den Zurückbleibenden zu fatalen „Entmischungen“ in der Schülerschaft und Überforderungen der Lehrer. Wenn die Hauptschule zur „Restschule“ für die Chancenlosen wird, verschärft dies die soziale Ausgren-

zung. Schüler antizipieren und verstärken dabei zugleich häufig ihre Chancenlosigkeit im eigenen Verhalten. Dies gilt auch und gerade für Schulen in innerstädtischen Gebieten.

Stichwort Status der Migranten: Im Unterschied zu Frankreich hat Deutschland seinen Einwanderern nicht-deutscher Abstammung nie das Versprechen gemacht, gleichberechtigte Bürger zu sein. Ein anderes Staatsbürgerverständnis ist dafür ebenso verantwortlich wie Unterschiede in der Kolonialgeschichte. Der Gedanke liegt nahe, dass gerade hier einer der Gründe dafür liegen könnte, dass bislang in Deutschland keine Revolte wie in den Banlieues stattfand. Denn warum sollen Menschen für die Einlösung eines Versprechens auf die Straße gehen, denen ein solches Versprechen nie gegeben wurde? Daraus ließe sich in einer zynischen Wendung sogar ein prinzipieller Einwand gegen die Einbürgerung von Migranten ableiten: Einbürgerung erhöht nur die Ansprüche!

Die Kehrseite des Zynismus ist allerdings die Angst vor der „Parallelgesellschaft“. Denn in der Logik der verweigten Gleichberechtigung läge als folgerichtige Antwort die Betonung der eigenen Verschiedenheit. Deutschland hat hier im Vergleich zu Frankreich das besondere Problem, dass viele Einwanderer die deutsche Sprache nicht beherrschen. An den mangelnden Sprachkenntnissen und der Befürchtung, dass es in bestimmten ethnisch homogenen Nachbarschaften auch gar nicht mehr notwendig sei, deutsch zu sprechen, macht sich denn auch vor allem der Verdacht fest, dass sich „Parallelgesellschaften“ herausbilden. Gemeint ist damit, dass Migranten und deren Nachkommen die Integration bewusst verweigern und sich auf ihre eigene Kultur zurückziehen, im Zweifelsfall auch im Widerspruch zu den Normen und verbrieften Rechten des Aufnahmelandes. Gibt es ethnische „Parallelgesellschaften“ in Deutschland? Soweit zu dieser Frage überhaupt empirische Forschungen vorliegen, sprechen sie dage-

gen, dass derartige Entwicklungen bislang quantitativ bedeutsam sind (vgl. z.B. Salentin 2004; Friedrichs/Blasius 2000; Bericht 2005: 219ff.; Tietze 2006; Tränhardt 2006). Stattdessen zeigt sich ein weit differenzierteres Bild. Gerade Jugendliche greifen verstärkt auf religiöse und andere Elemente der Herkunftskultur zurück und verändern sie zugleich unter den Anforderungen der Integration in die Aufnahmegesellschaft. Kulturelle Identitäten wären dann eher ein Rückhalt und eine Hilfe bei der Integration als dass sie im Gegensatz zu ihr stünden. Aber das setzt faktische Gelegenheiten der Zugehörigkeit und Teilhabe voraus, soziale Aufstiegswege und Integrationsangebote. Fehlen sie oder sind sie blockiert, drohen in der Tat soziale Abkapselung und damit zusätzliche Benachteiligungen.

Was zuvor über Jugendarbeitslosigkeit und die benachteiligenden Viertel in Deutschland gesagt wurde, könnte so verstanden werden, dass die Lage in Deutschland weniger dramatisch ist als in Frankreich. Vermutlich ist es in der Tat so, dass sich die Probleme in den Banlieues noch stärker verdichten als in den benachteiligten Gebieten hier. Mir kam es allerdings auf etwas anderes an, nämlich deutlich zu machen, dass viele Probleme ähnlich und zugleich anders gelagert sind. Denn auch Deutschland, hatte ich argumentiert, bekommt seine Rechnungen präsentiert: für eine Politik, die sich jahrzehntelang kontrafaktisch geweigert hat, Deutschland als ein Einwanderungsland zu sehen, und die nun mit fehlenden Sprachkenntnissen bei Migranten und dem Gespenst von Parallelgesellschaften konfrontiert ist; für ein dreistufiges Schulsystem, das die Klassengesellschaft des Industriezeitalters zementiert und dabei Verweigerungshaltungen und drop-outs von Jugendlichen mit und ohne deutschen Pass produziert, die keine Chance mehr haben, auch nur gering qualifizierte aber relativ sichere Industriejobs zu finden – denn die gibt es nicht mehr; für

den Rückzug vom öffentlichen Wohnungsbau, der dazu beigetragen hat, dass die räumliche Konzentration von Armut und Arbeitslosigkeit zugenommen hat und damit auch die soziale Segregation in der Schule und durch die Schulen.

Die wichtige Frage ist nicht, wie es die Medien nahegelegt haben, ob nun auch aus der deutschen Konstellation eine Revolte erwachsen könnte. Die entscheidendere Frage ist vielmehr die, ob uns möglicherweise die *Chance* entgeht, die in der französischen Revolte enthalten war: die in die Öffentlichkeit getragene Forderung der Jugendlichen (und auch zum Teil ihrer Eltern), endlich von der Gesellschaft als gleichwertig akzeptiert zu werden. Die deutsche Gesellschaft hatte ihren Migranten bislang immer signalisiert, dass sie allenfalls partiell, aber nicht als vollgültige Bürger dazu gehören. Das mag die Migranten bislang davon abgehalten haben, überhaupt diesen Anspruch zu erheben. Den französischen Migranten der Banlieues dagegen wurde die Gleichheit als Bürger zugesagt, aber nicht eingelöst. Die jungen unter ihnen revoltierten. Bedrohlich für eine Gesellschaft, die sich als demokratisch versteht, ist nicht, dass Menschen ihre persönlichen, politischen und sozialen Bürgerrechte einfordern – das kann im Gegenteil der Demokratie einen dringend notwendigen Schub verleihen. Bedrohlich für die Demokratie ist vielmehr, wenn die Ausgeschlossenen auf die Verweigerung von Rechten, von sozialer Zugehörigkeit und Teilhabe nur noch mit eigenem Rückzug und eigener Verweigerung antworten können. Nicht die Revolte also ist das Problem, sondern die verpasste Chance, auf ihre Ursachen einzugehen und ihre Motive aufzugreifen.

Literatur

- Rühe, Alex (2007): Draußen, unten, unter sich, *Süddeutsche Zeitung*, 29. März.
 Beaud, Stéphane; Pialoux, Michel (2004): *Die verlorene Zukunft der Arbeiter*, Konstanz.
 Dubet, François; Lapeyronnie, Didier (1994): *Im Aus der Vorstädte*, Stuttgart.

- Wieviorka, Michel (2006): *Die Gewalt*, Hamburg.
- Lapeyronnie, Didier; Mucchielli, Laurant (2005): Große, leere Worte. An der Gewalt in Frankreich ist auch die Linke schuld. Sie hat die Vorstädte im Stich gelassen, *Berliner Zeitung*, 10. November.
- Wacquant, Loïc (2004): Was ist ein Ghetto? in: *PROKLA* 134, S. 133-147.
- Kronauer, Martin; Vogel, Berthold (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? in: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer, Walter Siebel (Hrsg.), *An den Rändern der Städte*, Frankfurt/Main, S. 235-257;
- Kronauer, Martin; Noller, Peter; Vogel, Berthold (2006): Hamburg: Contradicting Neighbourhood Effects on Poverty, in: Sako Musterd, Alan Murie, Christian Kesteloot (Hrsg.), *Neighbourhoods of Poverty*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York, S. 70-86.
- Keller, Carsten (2005): *Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt/Main, New York.
- Salentin, Kurt (2004): Ziehen sich Migranten in ‚ethnische Kolonien‘ zurück? in: Klaus J. Bade, Michael Bommes, Rainer Münz (Hrsg.), *Migrationsreport 2004*, Frankfurt/Main, New York, S. 97-116.
- Friedrichs, Jürgen; Blasius, Jörg (2000): *Leben in benachteiligten Wohngebieten*, Opladen.
- Bericht (2005): *Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland*, Berlin.
- Tietze, Nikola (2006): Ausgrenzung als Erfahrung. Islamisierung des Selbst als Sinnkonstruktion in der Prekarität, in: Heinz Bude, Andreas Willisch (Hrsg.), *Das Problem der Exklusion*, Hamburg, S. 147-173.
- Tränhardt, Dietrich (2006): Deutsche - Ausländer, in: Stephan Lessenich, Frank Nullmeier (Hrsg.), *Deutschland - eine gesplittete Gesellschaft*, Frankfurt/Main, New York, S. 273-294.



Robert Brenner

Warum Irak? Die Politik von Bush II*

Vier Jahre nach der US-Invasion des Irak im März 2003 bleibt das Nahost-Abenteuer von George Bush Junior ein Rätsel, insbesondere angesichts seines katastrophalen Ergebnisses. Rätselhaft bleibt die Außenpolitik von Bush II, da sie kaum mit den fundamentalen ökonomischen und geopolitischen Interessen erklärt werden kann, die die US-Außenpolitik - oder den US-Imperialismus - zunächst zwischen 1945 und 1989/1991 und dann zwischen 1991 und 2000 bestimmt haben. Für diese Interessen war der Anschlag auf den Nahen Osten von Beginn an kontraproduktiv.

Von der äußeren *Form* der militärischen Intervention her erscheint die Invasion in den Irak zunächst wie eine bruchlose Fortsetzung der US-Außenpolitik seit Ende des 2. Weltkrieges, insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern. Doch diese äußerliche Ähnlichkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Inhalt, die Substanz dieses imperialen Unternehmens sich von vorangegangenen Interventionen stark unterscheidet. Dieses Mal standen andere Kräfte hinter dem Projekt, es sollte anderen Interessen dienen und auch die internationale Konstellation war eine neuartige. Im folgenden Text möchte ich daher zwei Versuche unternehmen: Zunächst skizziere ich schematisch die Entwicklungen - die enormen Transformationen - der Nachkriegsperiode, die Bushs Außenpolitik nicht nur überflüssig, sondern auch kontraproduktiv für die ökonomischen und geopolitischen Interessen der USA machten. Zweitens werde ich versuchen, die für das Handeln der US-Regierung bestimmenden politischen und sozioökonomischen Kräfte zu benennen.

1. Die Außenpolitik der Nachkriegsperiode und die Bush-Offensive

1.1 Der Sieg im Neuen Kalten Krieg und die Globalisierung

Vielleicht sollte ich mit dem Wahlkampf des Jahres 2000 beginnen. Angesichts des eher zurückhaltenden und undeutlichen außenpolitischen Programms des Kandidaten Bush Jr. hätten wohl wenige die Invasion in den Irak erwartet - und noch viel weniger die Kampagne mehrfacher Interventionen, die Serie von

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten am 23. Mai 2007 auf der Konferenz 'Cambio del Siglo' an der Universidad Autónoma Metropolitana (UAM-X) in Mexico City.